

A4NEU Atomkraft

Gremium: Kreisvorstand

Beschlussdatum: 13.03.2021

Text

1 Verantwortung für die Ewigkeit - Das atomare Erbe verwalten

2
3 Nach mehr als 45 Jahren Widerstand geht das AKW Grohnde Ende 2021 endlich vom
4 Netz. Für uns ist das ein Grund zum Feiern, denn wir haben uns von Anfang an
5 gegen die Nutzung von atomarer Energie zur Stromgewinnung eingesetzt. Zu
6 unüberschaubar waren die Risiken. Die Atomkatastrophen in Harrisburg,
7 Tschernobyl und Fukushima haben uns leider Recht gegeben. Doch damit nicht
8 genug, ist die Endlagerfrage bis heute ungelöst.

9
10 Mit dem Rückbau des AKW Grohnde und vieler anderer AKWs in ganz Deutschland,
11 steht die Endlagerfrage jetzt auch vor unserer Haustür. Das Zwischenlager am
12 AKW-Standort in Grohnde wird uns noch viele Jahrzehnte erhalten bleiben, um die
13 hochradioaktiven Abfälle in Castoren so lange zu lagern, bis irgendwo in
14 Deutschland ein Endlager gefunden und hergerichtet wurde, das den
15 Ewigkeitsanforderungen am wenigsten schlecht genügt.

16
17 Doch auch der Umgang mit den schwach- bis mittelradioaktiven Abfällen und den
18 freigemessenen Abfällen, die beim Rückbau des AKW Grohnde anfallen werden, muss
19 uns in den nächsten Jahrzehnten politisch beschäftigen. Deshalb haben wir eine
20 Begleitkommission gegründet, die sich aus politischen Vertreter*innen des
21 Kreistages, der Kreisverwaltung, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und dem
22 Kraftwerksbetreiber zusammensetzt. Wesentliches Ziel der Begleitkommission ist
23 die Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit, Initiativen und Verbänden an
24 den Rückbauplänen und Fortschritten, sowie den sich daraus ergebenden
25 Konsequenzen für die Öffentlichkeit. Die Begleitkommission soll sich erst wieder
26 auflösen, wenn der Rückbau vollständig abgeschlossen ist.

27
28 Die bisherigen Rückbaupläne sehen die Verbringung der schwach- bis
29 mittelradioaktiven Abfälle in das, von Anti-Atom-Initiativen immer als
30 ungeeignet angesehene Erzbergwerk Schacht Konrad vor. Dies lehnen wir ab. Wir
31 sind der Meinung, dass auch für die Endlagerung dieser radioaktiven Abfallarten
32 ein bundesweites, wissenschaftsbasiertes und ergebnisoffenes Suchverfahren
33 gestartet werden muss.

34
35 Daran schließt sich unmittelbar die Frage nach einem Zwischenlager für schwach-
36 bis mittelradioaktive Abfälle an. Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, in
37 unserem Nachbarlandkreis Hötter, in Würgassen, ein Bereitstellungslager für
38 diese Abfallarten einzurichten. Das würde bedeuten, dass aus ganz Deutschland
39 auch durch den Landkreis Hameln-Pyrmont, schwach- bis mittelradioaktive Abfälle
40 über schlecht ausgebaute Straßen an einen völlig ungeeigneten Standort im
41 Überschwemmungsgebiet der Weser transportiert würden. Dabei muss man sich klar
42 machen, dass jeder Transport für die Bevölkerung ein zusätzliches
43 Gefährdungsrisiko birgt. Wir lehnen auch diesen Wahnsinn ab.

44
45 Völlig ungeklärt ist bislang, was mit den freigemessenen Abfallarten aus dem
46 Rückbau des AKW Grohnde passieren soll. Dabei handelt es sich um Abfallarten,
47 deren Strahlungsdosis rein rechnerisch 10 Mikrosievert pro Jahr und pro Person
48 voraussichtlich nicht übersteigen darf.

Diese Abfälle werden bundesweit in DK1-Deponien verbracht, wie sie derzeit im stillgelegten Steinbruch Bisperode im Lth geplant wird. Befürworter*innen dieses Vorgehens argumentieren, dass die Umgebungsstrahlung 10 Mikrosievert pro Jahr und pro Person weit überschreitet, es sich hierbei also um eine vernachlässigbare und gesundheitlich unbedenkliche Strahlungsdosis handele. Wir halten diese Argumentation für falsch.

Die heutige Umgebungsstrahlung setzt sich bereits aus der natürlichen Strahlung, die in vielen Gesteinsarten vorkommt und der menschengemachten künstlichen Strahlung zusammen, die durch die zivile und militärische Nutzung von atomarer Energie zum Beispiel im medizinischen Bereich, zur Energiegewinnung, durch Atomkatastrophen oder Forschung an und Einsatz von Atombomben entstanden ist.

Diese künstliche Strahlung hat bereits zu einer Zunahme von Schilddrüsen-, Herz-Kreislauf- und Tumor-Erkrankungen in den letzten Jahrzehnten geführt. Deshalb warnen beispielsweise die „Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) vor dem sorglosen Umgang mit freigemessenen Abfällen aus Atomkraftwerken und ihrer Entlassung aus dem Atomrecht. Sie erhöhen die künstliche Umgebungsstrahlung zusätzlich und setzen die Anwohner*innen von solchen Deponien täglich und rund um die Uhr einer erhöhten Umgebungsstrahlung aus.

Im Rahmen der geschaffenen Gremien und unserer politischen Einflussmöglichkeiten auf den verschiedenen politischen Ebenen wollen wir uns als Kreisverband dafür einsetzen, von diesem Prinzip abzusehen. Wir unterstützen die Forderung der Atommüllkonferenz – einem Zusammenschluss von Anti-Atombewegungen – für alle Abfallarten sichere Endlager zu finden und die Abfälle so lange sicher und rückholbar am Standort zu belassen.

Mit dem Standortauswahlgesetz wurde ein Endlagersuchprozess für hochradioaktive Abfälle in Gang gebracht, der eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht. Die BGE hat 2020 den ersten Teilgebiete-Bericht vorgelegt und in einer bundesweiten Online-Konferenz über zwei Tage vorgestellt. 80% der niedersächsischen Landesfläche sind demnach weiterhin im Suchverfahren. Auch die gesamte Fläche des Landkreises Hameln-Pyrmont ist weiterhin Suchgebiet.

Wir sind der Meinung, dies ist Grund genug, sich intensiv mit der Thematik zu beschäftigen. Natürlich stehen wir hinter dem Beschluss, ergebnisoffen nach dem bestmöglichen – oder auch am wenigsten schlechten - Standort für ein atomares Endlager zu suchen. Wir sind realistisch genug um anzuerkennen, dass es nun einmal eine Lösung für die Endlagerfrage geben muss. Letztlich ist der Umstand, dass es einen solchen Suchprozess überhaupt gibt, starker GRÜNER Politik zu verdanken. Wenn es also das Ergebnis dieses Suchprozesses sein sollte, dass der am wenigsten schlechte Standort für ein atomares Endlager in unserem Landkreis liegt, dann sind wir auch bereit, dies zu akzeptieren. Sollte es jedoch auch nur den Hauch eines Zweifels geben, dass dieser Standort anders als nach wissenschaftlichen Kriterien und anders als auf dem neuesten Stand von Forschung und Technik festgelegt wurde, werden wir unsere politischen Mittel nutzen, um den Standort zu verhindern.

Damit Zweifel von Anfang an angemessen berücksichtigt werden können, sind Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung Grundvoraussetzung. Die ersten Erfahrungen mit der Teilgebietekonferenz zeigen jedoch, dass längst nicht

101 transparent gemacht wird, welche konkreten Daten der Bundesgesellschaft für
102 Endlagerung (BGE) als wissenschaftliche Grundlage zur Verfügung stehen. Das ist
103 dem Umstand zu „verdanken“, dass nicht alle Daten aus öffentlichen Quellen
104 stammen, sondern auch auf privatwirtschaftliche Daten zurückgegriffen wird.
105 Ehrenamtliche, Kommunen und andere Interessierte haben aber keine Chance,
106 Festlegungen nachzuvollziehen, wenn sie nicht auf dieselben Daten zurückgreifen
107 können, wie das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

108
109 Wir werden uns in den politischen Gremien auf den verschiedenen Ebenen dafür
110 einsetzen, dass an dieser Stelle nachgebessert wird. In jedem Fall ist aber die
111 Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der BASE sehr wissenschaftslastig und für
112 Laien, sowie für Hauptamtliche in den Kommunen, die dies neben ihrer
113 eigentlichen Arbeit bewältigen sollen, nur schwer zu durchdringen. Die Kommunen
114 und Ehrenamtlichen brauchen hier eigene wissenschaftliche Expertise.

115
116 Wir wollen dem Beispiel der bayerischen Landkreise folgen, die in Wunsiedel eine
117 landkreisübergreifende gemeinsame Geschäftsstelle eingerichtet haben, deren Ziel
118 es ist, Politik und Wissenschaftler*innen mit Fachwissen zu versorgen und in der
119 Kommunikation nach außen klar und sachlich aufzutreten.“